

4-7-153-RFA/14
Berlin, 24. Dezember 2014

Sehr geehrte Frau van Bonn,

Bezug nehmend auf das Interview mit Herrn Alberto Acosta mit dem Titel „Es kommt jetzt auf Deeskalation an“, welches am 18. Dezember dieses Jahres auf dem Internetportal *Blickpunkt Lateinamerika* veröffentlicht wurde und das Herr Ben Beutler verantwortlich zeichnet, übersende ich Ihnen diese Gegendarstellung.

Der für den 6. bis 9. Dezember 2014 geplante Ecuador-Besuch einer deutschen Parlamentarierdelegation musste mangels entsprechender Koordinierung von der Regierung Ecuadors abgesagt werden. Herr Alberto Acosta behauptet hierzu, dass „die Regierung die Informationen zu den Gesprächspartnern, die ihnen so unangenehm sind, lange vorliegen“ gehabt habe. Diese Aussage ist nicht wahr. Weiterhin meint Herr Acosta, dass „einer der deutschen Abgeordneten das Außenministerium über die Reise informiert“ habe „und zwar Monate vorab.“ Hierzu gilt es klarzustellen, dass es zu keinem Zeitpunkt um flüchtig überbrachte Informationen geht, sondern um eine offizielle Übergabe einer feststehenden Programmplanung. Eine solche kohärente, fertige Planung wurde den ecuadorianischen staatlichen Stellen nie direkt überreicht.

Es gilt zudem richtigzustellen, dass es sich keineswegs um ein Verbot für deutsche Parlamentarier handelte, „mit bestimmten Personen zu sprechen“, wie Herr Acosta unterstellt. Die angesetzte Ecuador-Reise deutscher Abgeordneter, Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, konnte nicht stattfinden, da dieser **Besuch nicht mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Menschliche Mobilität Ecuadors geplant** wurde. Aus diesem Grund teilte die Regierung Ecuadors am 2. Dezember der deutschen Botschaft in Quito mit, dass die Einreise der genannten Parlamentariergruppe verweigert ist.

Herr Beutler behauptet außerdem in einer Interviewfrage, dass am „12. Dezember ein Freihandelsabkommen zwischen Ecuador und der EU“ unterzeichnet worden sei. Erstens: Die Unterzeichnung fand im vergangenen Sommer statt und der Text ist bereits am 23. September veröffentlicht worden. Zweitens: Es handelt sich nicht um ein Abkommen zwischen Quito und Brüssel für Freihandel, sondern um ein **Handelsabkommen**. Im Jahr 2009 hatte sich die Regierung Ecuadors aus den seit 2007 laufenden Verhandlungen zwischen Peru, Kolumbien sowie Ecuador und die EU zurückgezogen. Das nun abgeschlossene Handelsabkommen enthält signifikante Unterschiede zu den Abkommen, die Peru und Kolumbien zuvor mit der EU geschlossen haben, und wird deshalb als Handelsabkommen und nicht als Freihandelsabkommen bezeichnet.

Ich bin jederzeit gern bereit, mit Ihnen über diese Zusammenhänge z.B. im Rahmen eines Interviews zu sprechen und bitte zugleich um eine zeitnahe Veröffentlichung dieser Richtigstellung auf der entsprechenden Webseite.

Hochachtungsvoll

Jorge Jurado
Botschafter von Ecuador

Frau Nicola van Bonn, *Blickpunkt Lateinamerika*, Bischöfliche Aktion Adveniat
Gildehofstraße 2, 45127 Essen

CC: Herr Ben Beutler